

Forum

Das süsse Gift der vollen Kassen

Der einst mausarme Kanton Schwyz ist längst Geschichte. Im Gegenteil: Allein der Kanton verfügt über ein Eigenkapital von rund einer Milliarde Franken. Dazu kommen die Gemeinden und Bezirke, deren Kassen zusammen 800 Millionen Franken Reinvermögen aufweisen. Insgesamt also beachtliche Polster, mit denen sich die moderne Anspruchsmentalität an den Staat weitgehend abdecken und zudem der eine oder andere Politiker-einfall oder gar -traum erfüllen lässt.

Entstanden sind diese Aktivenüberschüsse aus den reichlich sprudelnden Steuereinnahmen. Statt die überhöhten Fiskaleinnahmen den geschöpften Steuerzahlern zurückzugeben, wurden in grossem Umfang Steuern auf Vorrat erhoben. Mit dem Hinweis auf die in der Finanzplanung exponentiell wachsenden Ausgaben lässt sich allemal ein Grund finden, um die überhöhte Besteuerung beizubehalten oder doch nur minimal zu senken.

Die prallvollen Kassen verleiten allerdings nicht selten zu Irritationen in der Finanz- und Steuerpolitik: Besonders politische Macher lassen sich gerne von Finanzpolstern inspirieren. Im Vordergrund stehen dabei überzogene Investitionen mit «Denkmalcharakter». Aber auch das Aufplustern der Verwaltung bis hin zur vollendeten Bürokratie gehört dazu. Schliesslich will man zeigen, was man hat und wer man ist!

Zurzeit befindet sich ein solches Prestige-Projekt in der entscheidenden Phase: Im Kaltbach Schwyz soll für 140 Millionen Franken das grösste jemals im Kanton Schwyz aufgelegte Hochbauvorhaben mit 500 Arbeitsplätzen realisiert werden. Bereits aufgelegt ist in einem weiteren

Schritt ein Polizei- und Justizzentrum in Biberbrugg mit 320 Arbeitsplätzen für weitere 100 Millionen Franken. Und obendrauf folgt dann noch der Umbau der alten Kantonbank in Schwyz zu einem Justizpalast in zurzeit noch unbekannter Millionenhöhe.

Alles in allem sollen für eine Viertmilliarde Franken Steuergelder drei neue Verwaltungszentralen entstehen, was natürlich das Herz jedes bauverliebten Machers höher schlagen lässt. Auch bei den Inneneinrichtungen wird mit der grossen Kelle angerührt: Im Kaltbach soll für über 5,3 Millionen Franken eine Grosseküche eingebaut werden, mit der man täglich über 2000 Mahlzeiten produzieren will, die zum grossen Teil an 10 Aussenstandorte gekarrt werden. Auch ein multifunktionaler Mehrzwecksaal, dessen Einrichtungen und Anlagen allein mit rund 4 Millionen Franken budgetiert sind, soll dereinst die staatliche Potenz zum Ausdruck bringen.

Es versteht sich von selbst, dass sich das gemeine Volk und vor allem der produzierende Gewerbler daneben als kleine Maus vorkommen müssen. Weder baulich noch von den Arbeitsbedingungen her kann er mit der geballten Staatsmacht mithalten. Zumal der Kanton hierzulande schon längst der grösste Arbeitgeber ist und mit seinen beinahe unerschöpflichen Finanzmitteln den jährlich munter wachsenden Personalbestand mit noch grösserem Wettbewerbsvorteil gegenüber der Privatwirtschaft abdeckt.

Am meisten ins Gewicht fallen aber die längerfristig negativen Auswirkungen solcher Verwaltungszentralen: Zwar resultieren kurzfristig finanziell Synergieeffekte. Andererseits ist aber die Zentralisierung der Ver-

waltung erfahrungsgemäss der grösste Bürokratie-Treiber. Das Motto «Regulieren – Administrieren – Kontrollieren – Sanktionieren» fällt in solchen Zentralen erst recht auf fruchtbaren Boden. Längerfristig wird denn auch die Bürokratie jeden noch so herausgestellten Synergieeffekt verschlingen, weil diese bekanntlich ein Selbstläufer ist.

All diese Aspekte scheinen bei der anstehenden Abstimmung keine Rolle zu spielen, weil man es gefiscentlich unterlassen hat, sie in der Eile der aufgegleisten Beschlussfassung zu thematisieren. Das süsse Gift der vollen Kassen scheint zu wirken. Ja selbst die Gewebekreise lassen sich davon blenden, und dies, obwohl sie die negativen Folgen der Bürokratie am meisten zu spüren bekommen werden. Zu hoffen bleibt, dass der besonnene Bürger als Steuerzahler bei der Volksabstimmung vom 22. September schon der Bürokratiezentrale Nr. 1 den Riegel schieben wird!



Toni Dettling
Der heutige Autor Toni Dettling war FDP-Ständerat für den Kanton Schwyz.

Hinweis
Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzrinnen und Schwyzler. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)

LESERBRIEFE

Endlich Sachpolitik betreiben

Zum Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission, der Armee nicht mehr Geld zu geben

Als Initiator der «Bürgeroffensive für eine starke Armee 2030» verurteile ich das Vorgehen und das fehlende politische Handwerk hinter dem Entscheid der SIK-N, auf den Finanzierungsrahmen für die Armee nicht einzutreten.

Erstens ist es fraglich, ob detaillierte Finanzierungsfragen in der Sicherheitspolitischen Kommission diskutiert werden sollen. Denn die finanzpolitische Kompetenz liegt bei der Finanzkommission, da sie über detaillierte Kenntnisse des Gesamtbudgets verfügt. Die Aufgabe der SIK-N ist es, zu bestimmen, wie hoch der Zahlungsrahmen für die Erfüllung der Staatsaufgaben Sicherheit und Verteidigung ist und nicht, wie dieser detailliert ausfnanziert werden soll.

Zweitens: Die Sicherheitslage in Europa ist mehr als angespannt. Wer jetzt diese Situation für parteipolitische Planspiele missbraucht, hat die Ernsthaftigkeit der Lage nicht verstanden und handelt verantwortungslos. Ich fordere meine Kolleginnen und Kollegen von links bis rechts auf, endlich Sachpolitik zu betreiben und

im Sinne von Land und Bevölkerung zu handeln – denn wir sind uns ja einig, dass der Zahlungsrahmen für die Armee um vier Milliarden erhöht werden muss. Das ist unsere Aufgabe.

Unser Land ist resilient genug, um eine Finanzierungslösung für die Armee bereitstellen zu können, die weder die Schuldenbremse ritzt noch wie eine Hausrückübung daherkommt. Der Nachhaltigkeitsgedanke ist nicht nur bei der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit federführend, sondern auch bei deren Finanzierung. Deshalb bleibt der korrekte Weg, den verfassungsrechtlichen Auftrag der Gewährung der Sicherheit von Land und Bevölkerung im Rahmen des Budgets zu priorisieren.

Und drittens deutet diese Kompetenzschieflage zwischen FK-N und SIK-N nebst den jüngst bekannt gewordenen Berechnungsfehlern der AHV, dem strukturellen Defizit und der ungelösten Finanzierung der 13. AHV-Rente auf eine innenpolitische Krise hin. Ich fordere den Bundesrat hiermit auf, Führung zu übernehmen und finanzpolitische Entscheide zugunsten der Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung zu fällen.

Heinz Theiler, Nationalrat FDP, Goldau

Bürgernahe Verwaltung im Dorf

Zur Debatte um das geplante kantonale Verwaltungszentrum im Kaltbach

Unsere kantonale Verwaltung soll zukünftig nicht fremdplatziert im Aussenquartier Kaltbach sein, sondern bürgernah im Zentrum von Schwyz bleiben. Es ist doch so wertvoll, wenn im Dorf spontan ein Schwatz zwischen Verwaltung, Politik und Volk stattfinden kann. Jede Belegung im Dorf kommt Gewerbe, Gastbetrieben und Bürgerinnen und Bürgern entgegen. Die neue kantonale Verwaltung soll mitten in Schwyz gebaut werden, da, wo sie jetzt ist. Eine gemeinsame, ausserhalb liegende Sicherheitszentrale für alle Blaulichtorganisationen begrüsse ich aber sehr. Also, zurück auf Feld eins und neu planen. Oft ist ein Schritt rückwärts besser als ein falscher vorwärts.

Marianne Betschart-Kaelin, Ibach

Leserservice

Ob ein Leserbrief abgedruckt wird oder nicht, entscheidet allein die Redaktion.

Neue Tagesklinik in Steinen: «Wir bringen die Kinder zurück in einen Alltag»

Am Montag nimmt die neue Kindertagesklinik mit integriertem Schulbetrieb in Steinen ihren Betrieb auf. Der Leitende Arzt Patrick Brunner erklärt, wie wichtig das Angebot für betroffene Familien ist.



Der Leitende Arzt Patrick Brunner auf dem Areal der neuen Kindertagesklinik im Gupfenried ob Steinen.

Bild: Petra Imsand

Mit Patrick Brunner sprach Petra Imsand

Patrick Brunner, wir treffen uns in den Räumlichkeiten der Tagesklinik in Steinen zum Interview. Die Idee für dieses Angebot ist nicht neu. Bereits vor 15 Jahren wurde der Gedanke zum ersten Mal angestossen. Wie gross ist nun die Freude bei Ihnen, dass es endlich so weit ist?

Die Vorfreude ist riesig. In den letzten Jahren wurden mehrere Eingaben für eine Tagesklinik gemacht. Die Finanzierung war sehr herausfordernd, denn nur ein Teil der Leistungen kann über die Krankenkassen abgerechnet werden. Studien zeigen jedoch klar auf, dass teilstationäre Behandlungen für bestimmte Krankheitsbilder in gewissen Altersgruppen gleich gut, im langen Zeitverlauf sogar besser sind als stationäre Behandlungen.

Also spricht alles für die Schaffung eines solchen Angebotes?
Genau. Doch wie gesagt, die Finanzierung auf die Beine zu stellen, war schwierig – auch wenn ein teilstationärer Behandlungstag die Gesellschaft weniger kostet als ein stationärer Behandlungstag. Wir werden von den Kantonen Schwyz und Uri unterstützt sowie von den Schulgemeinden, welche das Schulgeld finanzieren, und ein Teil der Leistungen wird über die Krankenkassen abgerechnet.

Neben der Finanzierung sind auch die passenden Immobilien entscheidend. Für die neue kinderpsychiatrische Tagesklinik konnte ein Gebäude der Raphi-Stiftung gemietet werden. Ein Glücksfall?
Das kann man so sagen. In diesen Räumlichkeiten wird die Triaplus AG die medizinischen, therapeutischen und sozialpädagogischen Behandlungen vornehmen. Die Raphi-Stiftung ihrerseits wird in unserem Auftrag die Klinikschule führen. Sie leitet in Steinen bereits länger das Zentrum für

Kindertagesklinik mit Schulbetrieb kurz erklärt

Die Kantone Schwyz und Uri eröffnen auf Beginn des Schuljahres in Steinen eine Tagesklinik für Kinder – samt integriertem Schulbetrieb. Die Klinik bietet Platz für Kinder, die an multiplen psychischen Störungen leiden und dadurch in ihrer psychosozialen, emotionalen und schulischen Entwicklung gefährdet sind. Die Tagesklinik nimmt mehrheitlich Kinder aus den Kantonen Schwyz und Uri auf. Diese tragen auch die Restkosten, die nicht über die Krankenversicherung abgerechnet werden können.

Die medizinischen, therapeutischen und sozialpädagogischen Behandlungen erfolgen durch die Triaplus AG. Die Raphi-Stiftung wird im Auftrag der Triaplus AG die Klinikschule führen. (fp)

Sprache und Verhalten. Dadurch können wir wertvolle Synergien nutzen.

Ist es nicht nachteilig, dass die Kinder nicht direkt im Gebäude, in welchem die Tagesklinik ist, die Schule besuchen?
Man hätte weniger Wegzeit und wäre in Krisensituationen schneller vor Ort, das stimmt. Doch es gibt auch viele Vorteile. Der Schulweg ist für Kinder, auch wenn es banal klingen mag, ein Interaktionsfeld. In diesem leben sie Konflikte aus, sie haben die Möglichkeit herumzutüdeln, oder es kann letztlich auch passieren, dass auf dem Schulweg Ängste aufkommen. Wir haben ein sehr realistisches Übungsfeld, in welchem die Kinder den Tag so bekommen, wie sie es auch in einer Regelschulung machen würden, nämlich mit dem Schulweg.

Waren aufwendige bauliche Massnahmen notwendig?
Gewisse Anpassungen waren nötig. So muss beispielsweise jedes Fenster und jede Tür abgeschlossen werden können. Wir haben Absturzsicherungen montiert. Und da gewisse Räume, in welchen die therapeutischen Gespräche stattfinden, nicht schalldicht waren, brauchte es auch dort Massnahmen.

830 Stellenprozent waren budgetiert. Konnten alle Stellen besetzt werden?

Tendenz haben wir bei Jugendlichen sogar noch häufiger Situationen, in welchen eine intensivierete Behandlung sinnvoll wäre.

Wie sieht ein möglicher Zeithorizont für einen solchen Ausbau aus?
Das ist schwer zu sagen. Aber sicher nicht in den nächsten zwei Jahren.

Ist das jetzige Angebot ausgelastet?
Wegen der relativ kurzen Vorlaufphase haben wir uns bewusst dafür entschieden, dass wir am Anfang eine Belegung von 50 Prozent anstreben. Dadurch haben wir neben der Behandlung der Kinder auch den Fokus darauf, dass wir uns im Team finden können und Prozesse verfestigt werden. Das Ziel ist es, nach den Herbstferien mit einer Vollbelegung zu arbeiten.

Sie leiten zudem ein vergleichbares Angebot in Baar. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?
In Baar sind wir mit sechs Plätzen maximal ausgelastet und haben eine grosse Warteliste. Die Erfahrung zeigt, dass es ein sehr effektives Angebot ist. Die Kinder werden während des ganzen Tages begleitet. Dadurch kann viel mehr bewegt werden als mit einer rein ambulanten Therapie. Wir bringen die Kinder zurück in einen Alltag, manchmal mit Anpassungen, manchmal zurück in die Regelschulung.

Und wie lange dauert ein Aufenthalt im Schnitt?
16 Wochen sind die Standardbehandlungsdauer. Für diesen Zeitraum wird jeweils eine Kostengutsprache beantragt. Es kann aber auch sein, dass die Behandlungen kürzer verlaufen und wir ein gutes Resultat erzielt und eine passende Anschlusslösung gefunden haben. In Einzelfällen kann auch eine Verlängerung notwendig sein. Doch die Erfahrung zeigt, dass oft eine Behandlungszeit von rund vier Monaten erforderlich ist, um bei länger bestehenden Problemen eine nachhaltige Veränderung zu bewirken. Die Tagesklinik ist während der Schulzeit offen, plus fünf zusätzliche Wochen während der Schulferien.

Ist es das Ziel, dass nach den 16 Wochen möglichst viele wieder die Regelschule besuchen?
Ja. Verschiedene Faktoren tragen dazu bei, ob dies im Einzelfall für ein Kind ein realistisches Ziel ist oder nicht. Doch je nach Situation, welche sich in der jeweiligen Region präsentiert und welche die bisherigen Behandlungen mitbringen, ist es realistisch oder eben nicht.

Zur Person

Name: Patrick Brunner
Geburtsdatum: 25. Mai 1985
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Arzt
Hobbys: Fotografieren, Reisen
Lieblingssessen: Ravioli
Lieblingsferienort: Kefalonia
Lieblingstier: Buckelwal

Was spielt noch ein Rolle?
Es kommt auch auf die Schwere der Erkrankung an. Wenn uns ein Kind zugewiesen wird, welches seit vier Jahren Schwierigkeiten im Regelschulbetrieb hatte und die Schule nicht mehr besuchte, dann ist es ein Erfolg, wenn das Kind jeden Tag eine Sonderschule besucht. Bei Kindern, welche eine insgesamt gute Ressourcenlage haben und vielleicht ein halbes Jahr, wegen eines Traumas, einer Angststörung oder einer depressiven Symptomatik, die Schule nicht mehr besuchen konnten, ist die Ausgangslage anders. In solchen Fällen ist es realistisch, dass die Patientinnen und Patienten nach dem Aufenthalt bei uns wieder die Regelschule besuchen.

«Zirka 80 Prozent der Jugendlichen sind resilient.»

Ist der Kanton Schwyz durch die Schaffung dieses Angebots nun ausreichend ausgerüstet, oder sind die zwölf Plätze nur ein Tropfen auf den heissen Stein?

Es ist ein massiver Gewinn für die Kinder in der Region. Wir verändern die Behandlungslandschaft grundlegend. Rein im Kinderbereich sind zwölf bis vierzehn Plätze nicht wenig, wir können wirklich etwas bewegen. Aber klar, wenn man die psychologische/psychiatrische Versorgung im Kinderbereich im Gesamten betrachtet, haben wir immer noch sehr lange Wartezeiten. Es benötigt zurzeit sehr viele Ressourcen, um allen Anfragen gerecht zu werden.

Hat man die psychischen Beschwerden der Kinder in den letzten Jahren zu wenig beachtet, hat man zu lange zugewartet?
Massnahmen hinken der Situation in der Regel immer etwas hinterher. Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte ist es zu einer kontinuierlichen Zunahme der psychischen Belastung im Kinder- und Jugendalter, wie auch im Erwachsenenalter, gekommen. Irgendwann hat sich das Missverhältnis ergeben. Ich persönlich wäre froh gewesen, wenn wir dieses Angebot bereits vor der Pandemie gehabt hätten. Sehr vielen Kindern ist es äusserst schwergefallen, nach der Covid-Zeit wieder den Schritt in den Alltag zu meistern. Ich bin überzeugt, ein entsprechendes Angebot hätte viele Behandlungsverläufe positiv beeinflusst.

Ein stationäres Angebot fehlt nach wie vor. Gerechtfertigt?
Ich denke, das ist ein realistisches Abbild für die Grösse des Kantons und von den Möglichkeiten, welche wir haben.

Heute und morgen wird es also kein stationäres Angebot im Einzugsgebiet geben?
Das ist nicht zu erwarten, nein. Das wäre auch bezüglich Fachpersonal schwierig zu stemmen.

Inwiefern werden die Eltern während des Aufenthaltes ihres Kindes in der Tagesklinik in die Behandlung miteinbezogen?
In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gilt: Je jünger die Patientinnen und Patienten sind, desto stärker sind die Eltern miteinbezogen. Sie willigen beispielsweise ein, dass sie für Gespräche vor Ort verfügbar sind, dass sie Veränderungen mittragen und mitgestalten. Es ist nicht so, dass man sein Kind hier quasi abgeben kann und nach 16 Wochen wieder mit nach Hause nimmt. Es sind nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern intensive Wochen, sie sind definitiv involviert.

Inwiefern ändert sich dadurch auch die Beziehung zwischen Kindern und deren Eltern?
Die Eltern erhalten von uns viele Informationen und Feedback zum Umgang mit ihrem Kind. Es werden Massnahmen und Vorschläge besprochen, was angepasst werden könnte. Die meisten Eltern sind sehr bemüht. Die Kinder, die wir aufnehmen, haben einen verstärkten Bedarf. So gibt es Eltern, die mehrere Kinder haben, welchen es gut geht, einem aber nicht.

Das heisst?
Eltern können Kinder über lange Zeit bestens begleiten, doch in einer depressiven Phase beispielsweise völlig überfordert sein. Bei diesem Missverhältnis, welches zwischen Fähigkeiten und Bedarf in solchen Momenten entstehen kann, unterstützen wir.

Wie angespannt ist die aktuelle Situation im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Schwyz generell?
Wir sind umfangsmässig massiv gefordert und haben eine starke Zunahme des Bedarfs an Unterstützung. Es gibt auch viele schwere Erkrankungen, sprich Jugendliche mit Essstörungen, Zwangserkrankungen, einschränkenden Depressionen und Ängsten – Fälle, in welchen man nicht zuwarten kann, weil sonst Schaden eintritt. Und gleichzeitig darf ich sagen, dass wir an den Standorten in Goldau und Lachen personell eine ungläublich gute Situation haben. Wir konnten von die Stellenprozente aufstocken und haben sehr gute Teams. Im Vergleich mit anderen Kantonen verfügen wir über relativ viele Fachärzte.

Und trotzdem konnte das Angebot nicht ganz der Nachfrage angepasst werden – oder?
Das ist so.

Wie gut geht es der heutigen Jugend?
Auch wenn der Bedarf an Behandlungen massiv gestiegen ist, sind trotzdem zirka 80 Prozent der Jugendlichen resilient und zeigen keine kinder- und jugendpsychiatrisch relevanten Schwierigkeiten.